

Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen
Band: 35/1949 (1949)

Rubrik: Die Seite der Erziehungsdirektoren

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Schulgesetz des Kantons Baselland von 1946 in seinen Auswirkungen

Von Erziehungsdirektor Dr. Leo Mann

Am 13. Oktober 1946 nahm das Volk von Baselland mit 9159 Stimmen gegen 2130 verwerfende Stimmen das neue Schulgesetz an. Diese überwältigende Annahme eines Schulgesetzes ist erstaunlich, wenn man bedenkt, daß mit dieser Vorlage erhebliche Neuerungen eingeführt wurden wie:

- die Aufhebung der seit 100 Jahren bestehenden Bezirksschulen,
- der allgemeine Anschluß der Mittelschule an die 5. Klasse der Primarschule,
- der Ausbau der Mittelschule zu einer vierklassigen Lehranstalt mit Ermöglichung progymnasialer Klassenzüge,
- das Obligatorium der Knabenhandarbeit in der 6.-8. Klasse der Primarschule, sowie der 2. Klasse der Realschule,
- die Einführung des Französischunterrichts auf der Primaroberstufe, die damit zur «Sekundarschule» wird,
- die Neugestaltung der obligatorischen allgemeinen Fortbildungsschule,
- das Obligatorium des hauswirtschaftlichen Unterrichts mit 360 Pflichtstunden im 15.-18. Altersjahr,
- die Subventionierung der Kindergärten und deren Unterstellung unter die staatliche Aufsicht.

Die gute Annahme des neuen Schulgesetzes kam für Eingeweihte nicht unerwartet. Der allzufrüh verstorbene Regierungsrat Hilfiker war stets ein eifriger Förderer des Schulwesens in Baselland und verstand es, die Bevölkerung *schulfreundlich* zu stimmen. Dies wirkte sich in der Abstimmung aus; der Ausbau des basellandschaftlichen Schulwesens wurde zur Herzenssache der ganzen Bevölkerung und aller politischen Parteien. Der Baselbieter nahm die jährliche Mehrbelastung des Staates mit 400 000 Fr. auf sich und gab seiner Jugend, was ihr gehört.

Nun gilt es, das Volk in seinen großen Erwartungen nicht zu enttäuschen. Die gesetzlich verankerte Anlaufzeit von fünf Jahren muß ausgenützt werden, um den Übergang zum neuen Gesetz reibungslos zu gestalten, und um den Gemeinden die Erstellung der notwendigen Schulhausbauten zu ermöglichen.

Ohne Ausarbeitung einer Anzahl von Reglementen und Verordnungen ging die Sache nicht ab. Die Erziehungsdirektion stellte sich auf den Standpunkt, in allem und jedem den Fachmann, das heißt den Inspektor und den Lehrer mitreden zu lassen, und so kann denn gesagt werden, daß alle Probleme eine gründliche Durchackerung erfuhren, unter Verlagerung eines Teiles der Verantwortung auf die aktive Lehrerschaft und vor allem auf den Erziehungsrat.

Es sei in dieser Beziehung nur auf unsere *neue Schulordnung* verwiesen; ihre parlamentarische Behandlung in Sitzungen und Konferenzen hat aus ihr etwas Mustergültiges gemacht.

Hervorgehoben werden darf in diesem Zusammenhang auch die *Reglementierung des schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienstes*. Das Gesetz gibt grundsätzlich den Weg zur besten Lösung frei; es soll das Schaffhauser System mit der ambulanten Zahnbehandlung in Verbindung mit der heutigen Behandlungsmethode beim ansässigen Zahnarzt Platz greifen.

Die Erziehungsdirektion wagt es noch nicht, über die Auswirkungen des neuen Gesetzes sich endgültig zu äußern. Es ist noch zu vieles im Fluß, zu wenig lange eingeführt, und doch zeichnen sich schon scharfe Umrisse ab.

In den Realschulorten versucht man möglichst rasch den Anschluß an die fünfte Primarklasse zu gewinnen. Der Einführung der vierten Realschulklasse wird die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt, während die Ausgestaltung zum Progymnasium etwas nachhinkt. Wo die Lokale fehlen, sucht man sich mit Schulbaracken zu behelfen, und man arbeitet an Schulhausneubauten mit einem Gesamtkostenaufwand von dreizehn Millionen Franken in den fünfzehn Realschulorten.

Rasch einzuleben scheint sich auch der Französischunterricht auf der Primaroberstufe. Nachdem die Lehrerschaft in Kursen genügend ausgebildet worden ist, folgt ein Gemeindeversammlungsbeschluß dem ändern in der Einführung der «Sekundarschule». Über die erzielten Resultate wollen wir ein andermal berichten, doch scheinen sie heute schon ganz annehmbar zu sein.

Die Einführung des *obligatorischen Handarbeitsunterrichtes* an den Realschulen stößt auf gewisse Schwierigkeiten. Es zeigt sich, daß zu wenig Reallehrer für den Handarbeitsunterricht vorgebildet sind. Die Erziehungsdirektion muß auf die Primarlehrerschaft zurückgreifen, doch ergeben sich dann dort Überbelastungen. Junge Reallehrer müssen durch Kursbesuche in den Handarbeitsunterricht eingeführt werden; der Wille in der Lehrerschaft ist dazu vorhanden.

Zweifelsohne liegt das Schwergewicht der neuen Schulgesetzgebung in der Ausgestaltung des *Mittelschulwesens*. – Grundsätzlich wurden die alten

Gemeinde-Sekundarschulen aufgehoben und in Staatsschulen (Realschulen) überführt. Die vier alten Bezirksschulen wurden ebenfalls Realschulen; sie waren unter dem alten Gesetz schon Staatsschulen. Mit der Neugestaltung des Mittelschulwesens wollte die Landschaft zu einem gewissen Gegengewicht zum Schulwesen der Stadt Basel kommen. Zur Zeit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes besuchten über 1500 Baselbieterschüler die baselstädtischen Mittelschulen. Statistisch wurde nachgewiesen, daß bereits der Besuch der untern städtischen Gymnasialklassen von der Landschaft aus sehr groß ist. Dies ist begreiflich, schließen doch die Basler Mittelschulen schon seit längerer Zeit an die vierte Primarklasse an. Die Baselbieter Väter fürchteten für ihre Kinder ein Jahr zu verlieren, wenn sie sie nicht nach Basel schickten. Mit der neuen vierklassigen Realschule und dem Progymnasium hofft man den Basler Schulgang etwas einzuschränken. Man erwartet, daß die untern Klassen der Basler Gymnasien von den ausgebauten Realschulen der Landschaft abgelöst werden können und daß der Schulbesuch in der Stadt erst für die höheren Mittelschulen einsetzt. Das neue Schulgesetz muß den Anschluß in diesem Sinne ermöglichen. Erziehungsdirektion, Behörden und Lehrerschaft hoffen dieses Ziel bald erreichen zu können.

Schulgesetze bilden die gesetzliche Grundlage zur Bildungsarbeit eines ganzen Volkes in seiner Verschiedenartigkeit und haben darum mit der Opposition kultureller und speziell religiöser Kreise zu rechnen, falls nicht allen Wünschen Rechnung getragen wird. Obwohl der Kanton Baselland mehrheitlich reformiert ist, besitzt er doch eine aktive katholische Minderheit, und es ist hochehrfreulich, daß, obwohl Schule und Kirche in der religiösen Erziehung und im biblischen Unterricht zusammenwirken, doch eine Lösung gefunden werden konnte, die beide Konfessionen befriedigte, so daß von dieser Seite her die erwarteten Schwierigkeiten ausblieben.

Wie bereits erwähnt, wagen wir es noch nicht, uns über die Auswirkungen des Schulgesetzes endgültig zu äußern, ist doch eine ganze Reihe von Verordnungen und Reglementen erst kürzlich in Kraft gesetzt worden, während einige wenige immer noch zur Beratung stehen. Zudem kann ein Gesetz nicht mehr sein, als eine Voraussetzung, die der Bildungsarbeit des Lehrkörpers und der Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Behörden Richtung weist. Daher steht und fällt jedes Schulgesetz mit der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit der Lehrerschaft und ihrer Aufsichtsorgane. Aus diesem Grunde wird ein neues Gesetz bei gleichbleibendem Lehrkörper nicht ohne weiteres mit seinen Neuerungen in Erscheinung treten, so daß das Wesen des gesetzlich bedingten Fortschrittes erst im Laufe der Jahre zur Auswirkung kommt.

Einiges über das Bündner Schulwesen

Von Erziehungsdirektor Dr. Rudolf Planta

Wie manchenorts sind es im Mittelalter auch in Graubünden die Klöster gewesen, die die ersten Schulen errichteten, vor allem mit dem Ziel, Geistliche heranzubilden. Es sind hier die Klöster Disentis und Münster und die Domschule in Chur zu nennen. Bis Mitte des 17. Jahrhunderts ist wenig von Schulbetrieb zu spüren. Erst dann erwachte, trotz der tobenden Bündnerwirren ein erstes allgemeines Interesse für die Schule. Dies hing zusammen mit der Entwicklung der einzelnen Dorfschaften der Gerichtsgemeinden zu autonomen politischen Gemeinden. Es gab keine staatliche Aufsicht. Jede Gemeinde führte ihren Schulbetrieb nach eigenem Ermessen. So waren die verschiedensten Verhältnisse: gute, aber auch sehr wenig erfreuliche, zu finden.

Mit dem 19. Jahrhundert tritt eine Änderung ein. Aus dem Jahre 1803 besitzen wir das Schulprogramm eines «Öffentlichen Schul-Arbeits- und Erziehungs-Hauss im Kanton Rhätien». Dieses sah fünf Klassen für Kinder bis zum 15. Jahre vor mit Unterricht in Lesen, Zeichnen, Messen, Religionswissenschaft, Instrumentalmusik, Geographie, Agrikultur, Astronomie, Welt-, Natur- und vaterländischer Geschichte, wie auch in deutscher, italienischer, französischer und lateinischer Sprache. Um diese Zeit entstand die Kantonsschule, die zuerst getrennt als protestantische und katholische Schule geführt wurde. Die Gründung dieser Schule und die Tätigkeit der zwei entstandenen evangelischen (1827) und katholischen (1834) Schulvereine bewirkten das Aufleben des Volksschulwesens, das für die Verstaatlichung reif wurde. 1838 wurde die erste kantonale Schulbehörde, der Erziehungsrat, gewählt, 1846 die erste Schulordnung erlassen mit dem Grundsatz des obligatorischen Schulbesuches. Erst von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich unsere Volksschule.

Diese Entwicklung geht aus folgenden Zahlen hervor:

1829	241 Lehrer	8 485 Schulkinder
1840	279 Lehrer	9 851 Schulkinder
1927	589 Lehrer	15 945 Schulkinder
1947	727 Lehrer	17 839 Schulkinder

Wohl kein Kanton hat infolge seiner sprachlichen, geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch nur einigermaßen mit solchen Schwierigkeiten im Schulwesen zu kämpfen wie Graubünden. Folgende drei kurze statistische Angaben sollen hierfür Aufschluß geben:

Von den 128 000 Einwohnern Graubündens sprechen rund 44 000 romanisch, 22 000 italienisch und 62 000 deutsch. Das Romanische zerfällt wieder in vier Regionalschriftsprachen (das Oberländische, das Oberhalbsteinische, das Ober- und das Unterengadinische). Es müssen deshalb für die ersten fünf Primarschulklassen die Schulbücher in vier romanischen Schriftsprachen herausgegeben werden. Dazu kommen die Schulbücher in deutscher und italienischer Sprache, somit für die fünf ersten Klassen sechs sprachlich verschiedene Schulbücher.

In den Schulen des Engadins und des Oberhalbsteins wird in den ersten drei Klassen, in denjenigen des Oberlandes in den ersten vier Klassen ausschließlich in romanischer Sprache unterrichtet. In diesen Schulen wird dann von der 4. respektive 5. Klasse an mit dem Deutschen als Fremdsprache begonnen. In den italienisch sprechenden Talschaften wird im Puschlav und Bergell intensiverer Deutschunterricht erteilt als in der Mesolcina und im Calancatal. In den zwei erstgenannten Talschaften wird schon in der 5. oder 6. Klasse Deutsch als Fremdsprache eingeführt. In der Mesolcina und im Calancatal wird nur an einzelnen Primarschulen im 7. und im 8. Schuljahr deutsch unterrichtet. Dieser Unterschied in den italienisch sprechenden Talschaften hängt mit der verschiedenen geographischen Lage zusammen. In den Sekundarschulen sowohl des romanisch- als des italienischsprechenden Teils wird die deutsche Sprache sehr intensiv gepflegt.

Diese Vielsprachigkeit erschwert in besonderem Maße die Lehrerbildung. Im Lehrerseminar der Kantonsschule müssen die Lehrer deutscher, romanischer und italienischer Zunge herangebildet werden. Für die meisten Fächer werden für jede Sprache Spezialabteilungen gebildet. Es ist aber, da nur eine Seminarübungsschule besteht, die in deutscher Sprache geführt wird, leider nicht möglich, die romanisch- und italienischsprechenden Seminaristen in ihrer Muttersprache unterrichten zu lassen.

Die große Zahl der Zwerggemeinden und seine geographischen Verhältnisse zwingen Graubünden ganz kleine Schulen zu führen. So finden wir:

2 Schulen mit je	4 Schülern
1 Schule mit	5 Schülern
1 Schule mit	6 Schülern
4 Schulen mit je	8 Schülern
3 Schulen mit je	12 Schülern
9 Schulen mit je	13 Schülern
8 Schulen mit je	14 Schülern
9 Schulen mit je	15 Schülern

Ungefähr 190 Lehrer unterrichten weniger als 25 Schüler. Eine Vereinigung der kleinen Schulen mit denen anderer Gemeinden ist wegen der weiten Distanzen und beschwerlichen Wegverhältnisse im Winter nicht möglich. Diese Bergschulen belasten Gemeinden und Kanton sehr.

Unsere Landschulen sind Winterschulen: 9 Klassen zu 26 Schulwochen oder 8 Klassen zu 28 Schulwochen. Die Schuldauer der 226 Primarschulen ist:

127 Schulen zu 26 Wochen
63 Schulen zu 28 Wochen
36 Schulen mit längerer Schuldauer.

Von den 68 Sekundarschulen haben:

44 Schulen das vorgeschriebene Minimum der Schuldauer von 32 Wochen und nur 24 Schulen eine längere Schuldauer.

In den letzten Jahren war zweifellos die Neuordnung der Besoldung und Pensionierung der Volksschullehrer eine der wichtigsten Fragen, die dringend zu lösen waren, um einer Abwanderung unserer Lehrer zu steuern. Die diesbezügliche Vorlage wurde mit großem Mehr vom Volke angenommen, und das Gesetz trat mit dem Schuljahr 1946/47 in Kraft. Die bis dahin gültige Regelung sah samt Teuerungszulage bei 26 Schulwochen während der ersten acht Dienstjahre eine Minimalbesoldung von 3100 Fr. vor. Dazu kamen nach acht Dienstjahren 400 Fr. Alterszulage, so daß vom 9. Dienstjahr an das Gehalt 3500 Fr. betrug. An dieses Gehalt leistete die Gemeinde 1650 Fr., der Kanton in den ersten sieben Dienstjahren 1450 Fr. und vom 8. Schuljahr an 1850 Fr., da er die Alterszulage voll übernahm. Nach der *neuen* Regelung ist das Anfangsgehalt von 3100 Fr. auf 4000 Fr. erhöht. Dazu kommt eine Alterszulage von 1600 Fr., die nach dem 12. Dienstjahr erreicht wird. Vom 13. Dienstjahr an beträgt also das Gehalt 5600 Fr. Daran zahlt die Gemeinde 2000 Fr. und der Kanton ebenfalls 2000 Fr, respektive vom 13. Dienstjahr an 3600 Fr., da er auch nach der Neuregelung die Alterszulage allein übernimmt. Bei einer Schuldauer über 26 Wochen leistet die Gemeinde für jede weitere Woche 170 Fr. Die Hauptlast der neuen Besoldungsordnung hat somit der Kanton zu tragen. Es ist auf die Tatsache Rücksicht genommen worden, daß eine ganze Reihe kleinerer Gemeinden nur geringe Steuererträge aufweisen, und deshalb nicht mit einem größeren Anteil am Lehrergehalt belastet werden könnten, obwohl der Lehrer Beamter der Gemeinde und nicht des Kantons ist.

Das Gehalt für die Sekundarlehrer betrug bis 1946 4400 Fr. bzw. mit der Alterszulage 4800 Fr. Daran zahlte die Gemeinde 2950 Fr. und der Kanton 1450 Fr. bzw. 1850 Fr. Mit der neuen Besoldungsordnung erhöht sich das Gehalt des Sekundarlehrers bei 32 Wochen auf 6000 Fr. plus 1600 Fr. (wie bei den Primarlehrern). Davon übernimmt die Gemeinde 4000 Fr. und der Kanton 2000 Fr. bzw. 3600 Fr. Diese Neuregelung, die für unsern finanziell schwachen Bergkanton und viele seiner Gemeinden eine schwere Mehrbelastung bedeutet, war dringend nötig, da sonst, wie schon erwähnt, wegen des allgemeinen Lehrermangels viele Lehrer in andere Kantone mit höheren Besoldungsansätzen abgewandert wären. Ferner zeigte sich, daß bei den früheren Gehaltsverhältnissen der Lehrernachwuchs in Frage stand. Tüchtige Lehrer heranzubilden und zu behalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Erziehungsdepartementes.

In den letzten Jahren wurde die Revision des Schulinspektorates durchgeführt. Während bisher der Schulinspektor in der Hauptsache ein Kontrollbeamter war, der jedes Jahr jede Schule besuchte und Bericht erstattete, ist

er jetzt der Berater in allen Schulfragen. Er hat in der einschlägigen Literatur auf dem laufenden zu sein und muß die Strömungen in Schule und Erziehungswesen verfolgen. Vom Inspektor wird verlangt, daß er Einfluß auf die Lehrerkonferenzen habe, Besprechungen mit Lehrern und Schulräten, Probelektionen und Elternabende durchführe. Es bestehen sechs Inspektoratsbezirke, deren Abgrenzung sich nach den verschiedenen Sprachgebieten richtet. Je einen Bezirk bilden die romanischen Gebiete des Oberlandes, Mittelbündens, des Engadins und des italienischen Sprachgebietes. Der deutsche Teil Graubündens ist in zwei Bezirke eingeteilt. Bei der Wahl der Schulinspektoren wird auf die entsprechenden Sprachkenntnisse Rücksicht genommen. In gleichem Sinne wurde 1948 das Inspektorat für den weiblichen Handarbeitsunterricht neu organisiert. Das Inspektoratswesen in Graubünden gewinnt angesichts der weitauseinanderliegenden Täler an Bedeutung.

Wie eingangs erwähnt, hat der Kanton Graubünden wegen seiner sprachlichen Verhältnisse für die ersten fünf Primarschulklassen außer Schulbüchern für die deutsche und die italienische Sprache solche in vier romanischen Schriftsprachen. Für das Engadin tritt mit dem sechsten Schuljahr insofern eine Vereinfachung ein, als die gleichen Lehrbücher für das 6. und 7., sowie für das 8. und 9. Schuljahr Texte in ober- und in unterengadinischer Sprache enthalten. Für die Behandlung der Lehrmittelfragen stehen dem Erziehungsdepartement zwei Lehrmittelkommissionen beratend zur Seite. Die eine beschäftigt sich mit den deutschen und romanischen, die andere mit den italienischen Schulbüchern. In diesen Kommissionen sind die verschiedenen Sprachgebiete vertreten. Diese Organisation, die seit 1947 besteht, bewährt sich für die bündnerischen Verhältnisse.

Nach diesem kurzen Überblick über die Entwicklung und Vielgestaltigkeit unserer Volksschule und dem kurzen Hinweis über Probleme, die in den letzten Jahren gelöst worden sind, möchten wir im folgenden noch neue besondere Aufgaben erwähnen. Wer im Schul- und Erziehungswesen tätig ist, weiß, daß sich immer wieder neue Fragen stellen, weil Schule und Erziehung im Dienst des geistigen Lebens stehen. Es stehen bei uns drei Probleme im Vordergrund: der Ausbau der Oberschule, der Fortbildungsschulen und der Lehrerbildung.

Neben der Sekundarschule, die im Jahre 1940 ihre neue Verordnung erhalten hat, muß die Volksschule auf das Ziel hin ausgebaut werden, daß neben der Sekundarschule die Oberschule ihren selbständigen ebenbürtigen Charakter hat. Diese Oberschule, die nicht einfach eine Entlastung der Sekundarschule mit den Klassen sieben und acht oder sieben, acht und neun sein will, soll dem Schüler dienen, der nicht weitere Schulen besucht, sondern in eine berufliche Lehre eintritt oder sich in der Landwirtschaft betätigt. Sie muß also dem besondern Bildungsziel entsprechend ihren Lehrplan revidieren und der manuellen und praktischen Schulung kundige und liebevolle Aufmerksamkeit schenken. Das bedingt, wenigstens teilweise, Trennung von Knaben und Mädchen, verlangt also mehr Schulräume, so-

wie weitere und besondere Einrichtungen. Es verlangt vor allem auch besonders ausgebildete Lehrkräfte, auch weibliche Lehrkräfte. Es stellt uns vor Aufgaben, die nur allmählich zu lösen sind.

Die Oberschulen müssen ihre Ergänzung in Fortbildungsschulen finden. Es zeigt sich, daß Jugendliche, die nach 8 oder 9 Schuljahren keine weitere Schulung und geistige Förderung mehr haben, durch die Probleme und Schwierigkeiten, wie sie Wachsen und Werden mit sich bringen, innerlich rat- und ziellos werden. Wie der junge Kaufmann seine kaufmännische Schule, der zukünftige Handwerker die Gewerbeschule besucht, so soll der junge Bauer die landwirtschaftliche Fortbildungsschule, das Mädchen die obligatorische Fortbildungsschule besuchen. Oberstes Ziel aller und jeder Schulung soll allerdings neben dem nahen Ziel der beruflichen Praxis die Menschenbildung sein, wie das Pestalozzi fordert.

Die Lösung bringt gewaltige Schwierigkeiten, die vor allem bedingt sind durch die geographische und sprachliche Mannigfaltigkeit, dann aber auch durch den Mangel eines besonders ausgebildeten Lehrkörpers, auch tüchtiger weiblicher Lehrkräfte. Es wird nötig sein, in besonderen Kursen für die Heranbildung dieser Lehrkräfte zu sorgen. Die Erfahrung, die wir bisher gemacht haben, ist nicht übermäßig begeisternd. In den Jahren 1929 bis 1935 haben 149 Lehrer solche Kurse absolviert. Dann fielen die Subventionen dahin, und sie gingen ein. Die Initiative der Gemeinden hat den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen nicht aufgeholfen, und ihr Obligatorium scheint wünschbar.

Auch die Lehrerbildung im allgemeinen wird uns neue Aufgaben stellen. Vier Jahre Ausbildung sind heute nicht genügend, soll der Lehrer den vielen und schweren Aufgaben, die sich ihm stellen, gewachsen sein. Wir haben versucht, durch obligatorische Weiterbildungskurse nachzuhelfen, Lücken auszufüllen und neues Interesse zu erwecken. Diese vier aufeinander abgestimmten Weiterbildungskurse berücksichtigen alle Fachgebiete: Pädagogik, Methodik, Geschichte, Sprache, Naturkunde usw. Die Resultate dieser Kurse waren sehr gut, allein Wiederholungskurse, Instruktionsdienst aller Art haben immer wieder ihre lückenlose Durchführung durchkreuzt. Die Seminardirektion rüstet darum einen Vorschlag, die vierjährige Ausbildung am Seminar auf 5 Jahre auszudehnen. Dabei würde durch Landpraxis im muttersprachlichen Gebiet den berechtigten Forderungen der Romanen und Italienischbündner Rechnung getragen.

Bei der Lösung dieser drei Probleme stellt uns die Vielsprachigkeit immer wieder vor besonders schwere Aufgaben, soll diese Vielsprachigkeit und «Mannigfaltigkeit in der Einheit» erhalten bleiben. Man denke an Lehrpläne, Lehrmittel usw. Sie verteuert unser Schulwesen. Der Bund berücksichtigt sie, indem der Kanton Graubünden bei der Primarschulsubvention eine Sprachenzulage erhält. Diese ist aber ungenügend und steht in keinem Verhältnis zu den effektiven Mehraufwendungen, die Graubünden auf sich nehmen muß. Kein Kanton hat, was die Sprachenverhältnisse betrifft, auch nur annähernd solchen Schwierigkeiten zu begegnen.

Die Kantonsschule, Mittelschule mit Gymnasium, Technischer Abteilung, Handelsabteilung und Seminar, bereitet uns zur Zeit weniger Sorgen. Sie ist durch Rektor Dr. J. Michel und das Seminar durch Seminardirektor Dr. M. Schmid vortrefflich geleitet. In den letzten Jahren wurde die Handelsmaturität eingeführt, in der Seminarübungsschule eine zweite Lehrstelle geschaffen, eine zweite kantonale Turnhalle mit einem zeitgemäß eingerichteten Turnplatz erstellt und eine größere Renovation im Konvikt durchgeführt. Die dringliche Forderung, die heute die Kantonsschule mit ihren rund 620 Schülern stellt, ist: Raum und nochmals Raum.

Die Bündner Schulen sind zum größten Teil Bergschulen in kleinen und kleinsten Verhältnissen. Wir werden für sie eintreten nach dem Worte Gottfried Kellers: «Aber wo wir Kleinen wohnen, darf die Müh' nicht kleiner sein.»

L'hygiène scolaire en Valais

Par Cyrille Pitteloud, Conseiller d'Etat du Canton de Valais

C'est dans la loi sur l'enseignement primaire du 1 juin 1907 que nous trouvons les premières prescriptions officielles concernant la santé des enfants des écoles. Le service médical scolaire prévu par cette loi avait pour but:

a) de contrôler l'état hygiénique des locaux scolaires au point de vue de la construction, de l'éclairage, du chauffage, de la ventilation, du mobilier, de la propreté, des abords immédiats etc.

b) d'examiner et de signaler le personnel enseignant et les enfants atteints d'une affection contagieuse ou ne possédant pas un état de santé suffisant pour suivre l'école.

Le principe de la surveillance médicale des élèves était ainsi inscrit pour la première fois dans la loi; il y a lieu cependant de constater que le médecin avait uniquement l'obligation d'examiner les maîtres et les élèves qui n'étaient pas en parfaite santé; tous les autres échappaient à ses investigations. C'est du reste ce qui se faisait dans la pratique. Le médecin visitait l'école, prenait des nouvelles de la classe et, si l'instituteur n'avait rien de spécial à lui signaler, il considérait sa tâche comme terminée. Le temps dont il disposait était du reste limité, car son champ d'activité s'étendait sur tout un district et était principalement consacré à sa clientèle particulière.

Il en fut ainsi jusqu'au moment où fut votée par les Chambres la loi fédérale sur la lutte contre la tuberculose. Cette loi imposait aux cantons l'obligation de soumettre tous les élèves à une surveillance médicale, particulièrement en ce qui avait trait à la tuberculose. Pour se conformer à la législation fédérale, le canton porta le 3.12.1929 une ordonnance, en vertu de laquelle le médecin scolaire devait surveiller l'état de santé du personnel enseignant et des élèves.

Il devait également ordonner la mise en observation des personnes présentant des manifestations suspectes de tuberculose et éloigner de l'école celles atteintes de tuberculose dangereuse pour autrui.

La nouvelle ordonnance prévoyait des tâches précises pour le médecin et décentralisait ce service médical; elle augmentait le nombre des médecins scolaires et rémunérait mieux leurs services. Elle aurait donc dû produire les effets attendus. Les résultats ne furent cependant pas satisfaisants et c'est la raison pour laquelle le Département prit, le 8 septembre 1934, de nouvelles dispositions qui prescrivaient l'examen bisannuel des élèves et du

personnel enseignant des écoles primaires, complémentaires, ménagères et professionnelles ainsi que celui des étudiants des collèges et des écoles normales et commerciales.

Cette réglementation n'apporta malheureusement pas les améliorations qu'on en attendait; nous résolûmes donc, en 1943, de donner une nouvelle orientation aux visites médicales scolaires. Les progrès de la science permettaient en effet des investigations plus efficaces et il était indiqué d'en faire profiter notre jeunesse.

A cette fin, et en collaboration avec le service cantonal de l'hygiène publique, nous établîmes un projet de règlement que le Conseil d'Etat nous autorisa à appliquer, à titre d'essai, et il fut procédé dès lors aux visites médicales scolaires selon nos nouvelles prescriptions qui introduisaient pour la première fois dans nos écoles, le service des infirmières visiteuses. Dès ce moment, la lutte contre la tuberculose put être conduite de façon vraiment efficace. En application de notre nouvelle ordonnance, le médecin scolaire se présenta en effet en classe déjà renseigné sur les résultats de la cutiréaction et il procéda alors à une visite complète et minutieuse:

- a) des élèves débutants,
- b) des élèves de 11 ans,
- c) de ceux de 14 ans,
- d) de tous ceux qui lui étaient signalés par l'infirmière visiteuse et par le personnel enseignant.

Sur la base de ses constatations, le médecin scolaire dirigea dès lors vers le service radioscopique:

- a) tous les membres du personnel enseignant,
- b) les élèves qui avaient réagi positivement à l'épreuve de la tuberculine,
- c) les élèves dont l'état clinique laissait soupçonner une affection pulmonaire,
- d) les touseurs chroniques,
- e) tous les élèves d'une classe dont le maître ou un écolier avait été trouvé atteint d'une tuberculose ouverte.

Ce système nouveau fut appliqué par tous les médecins scolaires. Ces derniers, tenus à nous faire un rapport général sur leur activité et un rapport spécial sur chaque classe, nous communiquèrent leurs observations et c'est basé sur ces expériences que nous pûmes mettre définitivement au point le service médical scolaire en lui enjoignant un service dentaire et un service radiophotographique.

Au moment de l'élaboration de la loi de 1946, nous n'eûmes ainsi qu'à consacrer l'état de fait existant en lui donnant un statut légal.

C'est ainsi qu'aujourd'hui le service médical scolaire comprend: le médecin scolaire chargé de la surveillance médicale générale de toutes les classes. Avant ses visites, l'infirmière visiteuse fait subir aux élèves l'épreuve de la cutiréaction; aidée par le maître, elle prépare les fiches des élèves, note leur poids et leur taille et, le cas échéant, les anomalies intellectuelles ou mentales des écoliers.

Les enfants sont soumis à un examen bisannuel depuis leur entrée en classe jusqu'à la fin de la scolarité. Les garçons sont par conséquent suivis jusqu'au moment de leur entrée dans l'armée et les jeunes filles jusqu'à la fin de leur scolarité ménagère.

Ils sont radiographiés périodiquement. Ceux qui sont atteints de tuberculose ou qui sont prédisposés à cette maladie, sont annoncés aux ligues antituberculeuses qui prennent tout de suite les dispositions utiles pour leur faire donner les soins que nécessite leur état.

Les retardés intellectuels sont dirigés vers le service médico-pédagogique qui leur prodigue soins et conseils et placés, lorsque leur état l'exige, à l'institut pour retardés du Bouveret.

Le médecin du service médico-pédagogique se rend dans chaque localité une ou deux fois par année pour examiner tous les enfants en traitement. Ceux qui restent chez leurs parents et exigent un contrôle médical plus suivi, lui sont amenés périodiquement en consultation à Monthey, à la maison de santé de Malévoz.

Une fois par semaine un rapport général réunit le Dr. Repond, le médecin du service médico-pédagogique et les assistantes. Les cas en cours sont discutés ainsi que tous les problèmes théoriques et pratiques qui se posent au service.

Depuis sa création en 1930, le service médico-pédagogique a prouvé sa réelle utilité par son activité bienfaisante. Il s'occupe avec succès des enfants difficiles et tout particulièrement de ceux avec lesquels tous les procédés éducatifs ordinaires et les mesures de correction les plus sévères ont échoué et qui sont, automatiquement, voués à une existence malheureuse de malades incurables ou d'ennemis de la société.

Ajoutons pour être complet qu'à côté du traitement des enfants difficiles, le service organise des conférences pour les parents. Au cours de ces causeries, toujours fort intéressantes, les assistantes analysent les causes des anomalies de caractères et des troubles nerveux de l'enfance et indiquent les moyens psychologiques d'y remédier ainsi que les moyens éducatifs de les prévenir.

Disons quelques mots de l'objectif de ce service, de son organisation et de son activité.

Il a pour but:

- a) d'organiser et de propager les efforts en vue d'une bonne hygiène mentale de l'enfance;
- b) de prévenir chez les enfants, notamment pendant l'âge scolaire, l'éclosion de troubles nerveux, d'anomalies du caractère;
- c) de traiter les enfants atteints de névrose ou qui manifestent des anomalies du caractère et du comportement.

En plus de son activité thérapeutique et prophylactique, le service s'efforce d'éveiller l'intérêt pour les problèmes de l'enfance.

Placé sous la direction du Dr. Repond, médecin directeur de la maison de santé de Malévoz, il se compose du médecin adjoint de cet établissement

et de plusieurs assistantes. Ces dernières possèdent une formation psychologique-pédagogique et didactique. Elles sont ainsi spécialement préparées à la tâche qui les attend.

Les enfants lui sont signalés par le médecin scolaire, par le maître d'école, par les parents ou par les autorités. Les assistantes procèdent aussi à des dépistages dans les écoles au moyen de tests. Dès qu'un enfant est signalé, l'assistante se met avant tout en relation avec la famille et pendant toute la durée du traitement reste en contact avec elle.

Chaque enfant qui nécessite un traitement spécial a deux séances psychologiques par semaine. Le cas échéant, de nouvelles mesures éducatives sont conseillées et c'est à la fois par le traitement psychologique et une collaboration étroite avec les parents que les cas sont résolus.

Le dentiste scolaire travaille individuellement. Il visite annuellement les classes et signale aux parents et aux autorités municipales les enfants qui doivent consulter un dentiste.

Il peut paraître étrange que l'autorité municipale ait à s'occuper de l'état dentaire des enfants, mais il faut savoir qu'il s'agit ici d'une disposition d'ordre pratique. Vu la situation excentrique de certains villages et l'éloignement de tout cabinet dentaire, les municipalités organisent des transports en autocar, à des conditions spéciales, pour les enfants qui doivent consulter le dentiste.

Nous constatons un progrès réjouissant dans ce domaine. Ainsi depuis l'introduction de ce service scolaire il s'est créé une clinique dentaire à Sion pour le chef-lieu et les communes environnantes.

D'autres projets sont à l'étude et recevront à leur tour une réalisation. Dans certaines vallées ce sont les dentistes qui se déplacent et soignent les enfants à des conditions relativement modestes et à la portée des bourses campagnardes.

Notre intention de créer un service médical complet à la tête duquel se trouverait le médecin scolaire secondé par les infirmières visiteuses, le personnel enseignant, les ligues antituberculeuses et le service radiophotographiques, le dentiste scolaire et le service médico-pédagogique a ainsi trouvé sa réalisation, mais la collaboration rêvée n'est pas encore complètement entrée dans les habitudes. Dans certains milieux, on a de la peine à comprendre la nécessité d'une communauté d'efforts, sous la direction immédiate d'un médecin. Dans d'autres, on rencontre certaines résistances à prendre les responsabilités que comportent les circonstances. Mais un peu partout, nous devons le reconnaître, on rencontre de la bonne volonté. Il s'agira donc de rassembler ces volontés, puis de faire disparaître certaines préventions, d'éviter la dispersion et de coordonner toujours mieux tous les efforts, de manière à faire donner à ce service tout ce que nous sommes en droit d'attendre de lui.

Il est enfin une question d'un ordre quelque peu différent, mais qui n'en a pas moins trait directement à la santé de nos écoliers.

C'est celle de nos bâtiments scolaires. Lorsque l'instruction primaire fut rendue obligatoire en Valais par décret du 15.12.1828, puis plus tard par la constitution du 10.1.1848, le législateur se borna à poser le principe de l'obligation de créer les écoles nécessaires en laissant aux communes le soin de fournir les locaux et le matériel d'enseignement.

Chaque commune dut dès lors résoudre le problème des bâtiments d'école à sa manière; de là vient la grande diversité que l'on constate aujourd'hui chez nous dans ce domaine.

Les localités de la plaine, généralement mieux partagées des points de vue économique et financier que celles de la montagne, construisirent des édifices scolaires bien aménagés; ce ne fut malheureusement pas le cas, faute de ressources, dans une grande partie des villages de nos hautes vallées. Dans bon nombre de communes importantes ce furent les hameaux ou sections de ces communes qui construisirent, à leurs frais, un bâtiment d'école.

Une loi scolaire adoptée en 1873 prescrivit que les maisons d'école devaient être fournies par les bourgeoisies tandis que les municipalités avaient à s'occuper de l'entretien, des soins de propreté et de l'ameublement des salles de classe.

Les bourgeoisies qui en avaient les moyens construisirent des bâtiments bien conditionnés tandis que les autres se contentèrent de locaux fort modestes ou de solutions de fortune.

Pour remédier à cet état de chose qui ne donnait pas satisfaction, le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat, porta, le 19 novembre 1903, un décret obligeant les sections qui avaient des locaux convenables à les remettre sans indemnité aux administrations communales tandis que celles qui en étaient dépourvues, devaient en fournir d'acceptables, dans un délai de 5 ans.

Ce décret eut pour effet de stimuler certaines sections à s'exécuter tandis que pour d'autres il resta lettre morte.

Il en est résulté une situation qui à la longue est devenue intolérable et a amené le Département de l'Instruction publique à envisager les mesures propres à y porter remède le plus promptement possible.

La cause principale de l'inertie de beaucoup de communes dans ce domaine doit être recherchée dans le fait que, pour ces constructions, l'Etat ne versa pendant longtemps aucune subvention.

A un moment donné, il y a environ une trentaine d'années, il commença à accorder, par voie budgétaire, aux communes intéressées, un subside cantonal de 16 à 20 % du coût de leurs constructions scolaires.

Mais cette subvention, déjà fort modeste, était la plupart du temps versée par annuités de telle sorte que dans certains cas elle suffisait tout au

plus à payer les intérêts des emprunts contractés par les communes pour payer le coût de construction.

Ceci explique, en partie, le peu de zèle de ces dernières à entreprendre la construction de locaux scolaires ainsi que la préférence donnée par elles, aux oeuvres d'utilité publique grassement subsidiées et par la Confédération et par le Canton.

La récente loi sur l'enseignement primaire élaborée par nous en 1945, acceptée par le Grand Conseil d'abord puis votée par le peuple le 22 juin 1947, vint heureusement apporter un remède à cette situation qui à la longue devenait intolérable.

A ses articles 67, 68, 69 et 70 cette loi contient en effet les dispositions suivantes:

Art. 67. – L'Etat subventionne la construction, l'agrandissement, la réfection et les réparations des édifices et locaux scolaires.

Il subventionne dans la même proportion l'achat de bâtiments destinés à devenir des maisons d'école.

Cette dispositions est applicable rétroactivement aux dépenses faites dans cet ordre d'idées par les communes à partir du 1er janvier 1946.

Art. 68. – Cette subvention s'élève à 30 % de la dépense effective, y compris les frais d'acquisition du terrain nécessaire à la construction et à l'aménagement d'une place de récréation et de gymnastique convenable.

Art. 69. – Il est en outre accordé aux communes dont la situation précaire et les ressources limitées rendraient trop lourde la charge des réalisations prévues à l'art. 67, une subvention supplémentaire pouvant s'élever, suivant une échelle différentielle, jusqu'à 30 % de la dépense effectuée. Pour régler l'octroi de cette subvention, le Conseil d'Etat établit un classement des communes selon leur situation économique et financière en se basant sur un décret du Grand Conseil instituant la subvention différentielle.

Art. 70. – L'entretien des bâtiments, locaux scolaires, les soins de propreté, l'ameublement, l'éclairage, le chauffage, sont à la charge de la municipalité.

Au besoin, le Département de l'Instruction publique ordonne les mesures nécessaires aux frais de la commune.

Remarquons en passant que c'est la première loi valaisanne qui prévoit le principe essentiellement social d'un subventionnement qui tient compte de la situation financière et économique des communes en faveur desquelles il est accordé.

Justement inquiet de constater la lenteur apportée par bon nombre de communes à édifier des maisons d'écoles convenables, nous adressions le 22 mars 1943 déjà, aux administrations communales de notre canton la circulaire suivante:

Monsieur le Président et Messieurs,

Le Département des Travaux Publics vient de vous adresser une circulaire pour vous inviter à lui soumettre, avant le 10 avril, votre programme des créations de possibilités de travail.

A notre tour nous attirons votre attention sur la nécessité de prévoir dans votre programme la mise en état de vos locaux scolaires.

L'enfant est sans contredit le bien le plus précieux que Dieu nous ait confié. Nous avons l'obligation de sauvegarder sa santé morale et physique. A cette fin nous devons le placer dans les meilleures conditions possibles pour former son cœur et son intelligence et pour assurer son complet développement physique.

Or, il existe malheureusement des constructions scolaires qui ne répondent pas du tout aux exigences de l'hygiène la plus élémentaire. Nous connaissons en effet des salles de classe si exigües que l'air y est à peine respirable. L'air pur est la première condition de la bonne santé et de la vie, avant même la nourriture. Il est donc d'une extrême importance que chaque salle de classe ait un volume suffisant pour que l'élève y respire constamment un air pur et salubre.

Nous devons reconnaître qu'il existe également des locaux parfaitement confortables; ceux-ci font honneur aux administrateurs sages et avisés qui ont compris toute l'importance de ce problème.

On ne peut évidemment faire grief aux communes dont les ressources limitées n'ont pas encore permis les réalisations désirables dans ce domaine.

Mais le moment est aujourd'hui plus propice que jamais pour assainir cette situation et créer des œuvres durables.

En effet, dès le moment où le chômage se fera sentir dans notre pays, les subventions suivantes seront versées pour les constructions et réfections des maisons d'école:

Par le Canton: un subside ordinaire de 20 % au lieu du 16 % servi jusqu'à présent aux constructions scolaires.

Par la Confédération: un subside de 30 % au maximum, comme subvention spéciale destinée à lutter contre le chômage.

Par le Canton encore: un subside de 10 % au minimum également destiné à combattre le chômage.

Au total les communes toucheront, pour ces constructions et réfections, des subventions fédérales et cantonales d'environ 60 % des dépenses.

Gouverner c'est prévoir; que les communes qui ne possèdent pas encore d'école ménagère songent aussi que les locaux destinés à abriter demain une telle école bénéficient des mêmes subventions. De plus, et ce point est à retenir dès maintenant, pour l'élaboration des plans de ces constructions et transformations, la Confédération versera une subvention de 40 % au maximum et le Canton de 20 % au maximum, subventions qui seront payées aux communes intéressées dès que les plans permettant de passer à une exécution immédiate des travaux auront été déposés au Département des Travaux Publics du canton et dès que sévira le chômage.

Dans ces conditions nous vous engageons vivement à faire figurer les transformations et les constructions scolaires dans le plan des travaux que vous devez soumettre pour le 10 avril au Département des Travaux Publics. (Les travaux projetés doivent être simplement inscrits auprès de ce département pour cette date).

Adressez-vous ensuite et dès maintenant à un architecte qui examinera tous vos locaux scolaires et vous préparera des projets de construction ou d'améliorations, projets qui pourront être exécutés aux meilleures conditions possibles pour les communes, dès que le chômage, inévitable à la fin de la guerre, fera son apparition.

Nous vous demandons instamment de vouer toute votre attention et tous vos soins à cette question d'importance primordiale pour l'avenir de notre canton.

Préparons-nous à créer partout où cela n'est pas encore fait, des locaux scolaires spacieux et confortables qui témoigneront de notre sollicitude pour la jeunesse et de notre esprit social envers les chômeurs.

Plaçons en tête du programme des progrès à accomplir, les œuvres destinées à sauvegarder la santé de nos enfants, espoir et richesse du Pays.

Le chef du Département de l'instruction publique

Cyr. Pitteloud.

Heureusement pour notre économie nationale, mais malheureusement pour nos locaux scolaires, le chômage attendu ne s'est point produit contrairement à ce qui s'est passé après la guerre de 1914-1918.

Notre loi sur l'enseignement primaire et ménager du 22 juin 1947 est venue à son heure combler une grave lacune, en assurant un subventionnement convenable des constructions scolaires entreprises par les communes.

Pour mener à bien dans ce domaine l'action de grande envergure qui s'impose, il y a lieu d'envisager des mesures financières spéciales, les crédits nécessaires à cet effet ne pouvant être prélevés sur le budget ordinaire de l'Etat.

Il résulte de l'enquête à laquelle nous nous sommes livré qu'environ quatre-vingt-dix bâtiments scolaires doivent être construits et que plus d'une centaine ont besoin de réparations importantes.

Nous avons donc demandé au Grand Conseil de prévoir trois emprunts successifs de 5 000 000 fr. chacun dont le premier sera vraisemblablement discuté par le Grand Conseil puis soumis à la votation populaire au cours de l'année 1950.

Le programme des constructions et rénovations à entreprendre sera établi en tenant compte de l'urgence qu'il y a à procéder à ces travaux.

L'effort que nous demandons dans le cas particulier au peuple valaisan est certes considérable, mais nous avons la conviction qu'après avoir consenti des sacrifices énormes pour le développement économique du canton, il ne reculera pas devant l'un de ses premiers devoirs: celui d'assurer au Valais une jeunesse saine et forte.